

Notstand Krankenhaus: Privatisierung ist kein Wundermittel

Im Fall der Fälle galt das Krankenhaus bislang als ein Ort der Sicherheit. Bisher konnten sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf eine hochwertige und wohnortnahe Versorgung verlassen. Doch diese Sicherheit steht auf der Kippe. Es geht, wie so oft, auch bei den Krankenhäusern ums Geld. Dabei sind die Krankenkassen für die laufenden Betriebskosten zuständig, die Bundesländer für die Investitionskosten. Doch gerade die Länder spielen seit Jahren nicht mehr mit und haben die Investitionen um satte 41% gekürzt. Und dieser Investitionsstau führt schon seit einigen Jahren zum viel zitierten Pflegenotstand in Krankenhäusern. In der stationären Pflege wurden über 50.000 Stellen abgebaut, während die Zahl der Krankenhausfälle deutlich zunahm. Das bedeutet, der Kostendruck geht eindeutig aufs Personal und damit auf die Qualität der Versorgung.

Der finanzielle Druck ist inzwischen so groß, dass zurzeit nirgendwo in Europa so viele Krankenhäuser verkauft werden wie in Deutschland. Der Anteil der privaten Krankenhäuser liegt mit 14,1% sogar höher als in den USA. Damit verbinden die politischen „Wunderheiler“ offensichtlich die Hoffnung auf frisches Geld für die dringend notwendigen Investitionen. Doch genau dies ist ein gefährlicher Irrweg. Schließlich folgen private Kliniken der Profitmaximierung international agierender Finanzinvestoren – mit allen negativen Nebenwirkungen. Das heißt: ein Angebot, das sich nicht rechnet, wird über kurz oder lang gestrichen, egal, ob es für die Versorgung dringend nötig ist oder nicht. Darauf bleiben dann die öffentlich verantworteten Krankenhäuser sitzen, das treibt ihre Kosten noch mehr in die Höhe. Und mit weiterer Privatisierung ist das Wachsen von Lücken in

der Versorgung programmiert, besonders in der Fläche.

Wenn Privatisierung der falsche Weg aus der Finanzmisere ist, müssen als allererstes die Bundesländer ihrer Verpflichtung nachkommen und eine – wie es im Fachjargon heißt – „bedarfsgerechte Versorgung in der Fläche“ gewährleisten. Konkret bedeutet dies, dass die Länder die nötigen Investitionen für die Krankenhäuser endlich wieder bereitstellen. Nur so kann der gefährliche Trend, dass immer mehr Personal abgebaut bzw. hilflos überfordert wird, durchbrochen werden.



Annelie Buntenbach
DGB / Susann Lössin

Zu diesem Trend trägt übrigens auch die an sich richtige Umstellung der Krankenhausleistungen auf Fallpauschalen ab 2009 bei. Wenn vor der flächendeckenden Einführung hier nicht eine ganze Reihe von Fehlsteuerungen gerade gerückt werden, wird sich der Kostendruck weiter erhöhen.

Damit sich die Bürgerinnen und Bürger aber auch in Zukunft sicher sein können, ein Krankenhaus in ihrer Nähe zu wissen, wo die Versorgung stimmt, ist eine deutlich bessere Finanzausstattung nötig. Der Deckel auf den Krankenhausfinanzen kann so nicht bleiben. Die notwendigen Tarifierhöhungen müssen berücksichtigt werden. Die dynamische Personalbemessung muss also bei der Krankenhausfinanzierung einkalkuliert werden, denn es kann nicht sein, dass anständige Löhne z. B. für Pflegekräfte in Krankenhäusern zu Personalabbau führen und die Qualität der Versorgung weiter leidet.

Annelie Buntenbach

➔ Die Autorin ist Mitglied im DGB-Bundesvorstand. 1994-2002 war sie Grünen-MdB.